

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Balz

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 244

Mittwoch, den 17. Oktober 1923.

163. Jahrgang.

England und der belgische Reparationsplan.

Die Zukunft des Ruhrgebietes.

Die Brüsseler Versöhnungspolitik.

Paris, 16. Oktober. „Havas“ meldet aus Brüssel: Die belgische Regierung hat den Kabinetten in Paris, London und Rom mitgeteilt, da Frankreich, England und Italien den Vorschlag der Brüsseler Regierung angenommen hätten, den belgischen Reparationsplan zur Einleitung der Verhandlungen von Deutschland der Reparationskommission zur Prüfung zu überreichen, wird sich nunmehr der Wieder-entstehungsanstoß mit dem Reparationsproblem befaßen. Der belgische Plan sieht die Herausnahme gewisser Eisenwerke in Deutschland vor, sowie die Einnahmen gewisser Monopole, die in Deutschland eingeführt werden sollen, um aus diesen Einnahmen zusammen mit den Hypotheken auf deutsche Industrieunternehmungen die Reparationszahlungen aufzubringen.

„Daily Telegraph“ weist darauf hin, daß sich dieser Plan in gewissen wichtigen Punkten mit dem letzten Reparationsangebot der deutschen Regierung deckt, der von der britischen Regierung als eine vernünftige Unterlage für Verhandlungen in Berlin angesehen wird.

Paris, 16. Oktober. Laut „Reit Parisien“ würden die belgischen Studien nach der Auffassung der belgischen Regierung nur einen Ausgangspunkt bedeuten. Reichsfinanzler Stresemann habe bereits mit dem belgischen Geanderten Rücksprache genommen, die ein Einverständnis möglich erscheinen lasse. Diese Rücksprache, die vom Kanzler ausgegangen wäre, und die sich auf einen positiven vorliegenden Text beziehe, bezwecke offensichtlich, daß der Wunsch zu Verhandlungen bei der Reichsregierung täglich größer werde.

England hält sich abseits.

London, 16. Oktober. Im Widerspruch zu der „Havas“-Meldung aus Brüssel verbreitet Reuters eine Meldung, die besagt, weder die englische Abordnung in der Reparationskommission, noch die belgische Regierung wisse etwas davon, daß das britische Kabinett der Vorlage des belgischen Reparationsplanes zugestimmt habe. Möglicherweise ist der Zweck der Reutersmeldung der, darauf vorzubereiten, daß die eng-

lische Abordnung sich an der Prüfung des belgischen Reparationsplanes nicht beteiligen wird.

England fordert strenge Finanzkontrolle.

Die Reichskonferenz hat die Forderung der auswärtigen Politik und der Reparationsfrage abgelehnt, um den alliierten Regierungen und der Reparationskommission Gelegenheit zu geben, zu der neu geschaffenen Lage im Ruhrgebiet und dem belgischen Garantieprojekt Stellung zu nehmen.

„Times“ und „Daily Telegraph“, die sich beide mit den Aussichten des belgischen Vorschlages befaßen, kommen zu dem Ergebnis, daß sowohl England wie Frankreich den Vorschlag näher prüfen können, wenn er ergänzt werde durch die Einführung einer „sehr strengen interalliierten Finanzkontrolle in Berlin“.

Die „Times“ stellen in den Vordergrund, daß England dem belgischen Finanzmonopol kein Vertrauen entgegenbringen könne, so lange Deutschland seine Währung auf zweifelhafte Papierwährung aufbaue. Die „Times“ stimmen daher dem Argument der Reichsregierung zu, wonach die Währungsreform in Deutschland jeder Reparationsleistung vorzuziehen wäre. Damit aber eine Währungsreform sofort wirksam eingeführt werde und nachher wirksame Finanzgarantien für die Reparationsforderungen geschaffen werden könnten, sei es notwendig, daß in Berlin eine interalliierte Finanzkontrolle eingeführt werde.

Der „Daily Telegraph“ kommt zu ganz ähnlichen Folgerungen und fordert zum Schluß eine „strenge interalliierte Kontrolle“.

Dieser Plan ist aber angefaßt der gegenwärtigen Lage Deutschlands nach dem Einnahme des Amtes nach zwei Richtungen hin noch ergänzungsbedürftig. Deutschland brauche eine interalliierte Kontrolle, um seine Währung zu sanieren. Es sei aber notwendig, daß der Finanzausschuß, wie bei der Sanierung Österreichs, beauftragt werde, die Verwendung einer solchen Kontrolle in Deutschland zu überwachen. Um ferner die Welt als internationalen Reparationsproblem aus der Welt zu schaffen, hat Amuts in der Reichskonferenz angeregt, daß das Rheinland vom Völkerbund dauernd entmilitarisiert werde.

Die Sicherung der Brotverforgung.

Nach dem vom Reichstag fast einstimmig angenommenen Gesetz vom 23. Juni d. J. zur Sicherung der Brotverforgung im Wirtschaftsjahr 1923/24 hatte die Markenbrotverordnung die Befugnisse der Reichsregierung erweitert. Die Sicherung der Brotverforgung nach diesem Termin ist im Gesetz vorgesehen die Bildung eines Getreidevorrates bis zu 1 Million Tonnen durch die Reichsgetreidebörse, womit in Notfällen eingegriffen wird und auch ein gewisser Preisdruck ausgeübt werden sollte. Die Durchführung der Bestimmungen in Verbindung mit einer

hart verpöbten Ernte

hat die Reichsregierung veranlaßt, den gegebenenfalls überprüfenden den Entwurf eines Ergänzungsgesetzes vorzulegen, worin härtere Garantien für die Brotverforgung enthalten sind. Da der Reichstag mit der Vorlage nicht mehr befaßt werden konnte, ist sie am gestrigen Dienstag als Verordnung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen worden. Diese Verordnung zur Ergänzung des Gesetzes zur Sicherung der Brotverforgung im Wirtschaftsjahr 1923/24 sieht eine Verärgerung der von der Reichsgetreidebörse zu erwerbenden Brotgetreidemenge von 1 auf 2 1/2 Millionen Tonnen vor. Alle Bedarfskommunalverbände können beantragen, daß an Mäulen, die sie bestimmen, von der Reichsgetreidebörse

Getreide zum Tagespreis

bis zu drei Viertel der bisherigen Menge geliefert wird. Im Sinne dieser Bestimmungen ist rechtzeitig Vorkehrung dahin getroffen worden, daß an alle Kommunalverbände, bei denen Schwierigkeiten beim Uebergang in die freie Wirtschaft zu befürchten waren, ausreichende Mengen Getreide durch die Reichsgetreidebörse geliefert werden. Von den Mäulen soll das Getreide auf dem normalen Wege über den Bäcker in den Konsum gelangen. Die Kommunalverbände können die Verwendung des Getreides zur Verforgung der Bevölkerung ihres Bezirks übernehmen. Es ist anzunehmen, daß auf diese Weise die Brotverforgung sich ohne Uebergangsschwierigkeiten abwickeln wird. Für die besetzten Gebiete ist darüber hinaus die Fortführung der Markenbrotverforgung ermöglicht worden.

Bekanntlich ist das Markenbrot, obwohl sein Preis in letzter Zeit wiederholt heraufgesetzt werden mußte, billiger

gewesen als das marktfreie Brot. Die Spanne zwischen dem Preise für das freie Brot und für das Markenbrot ist gerade in den letzten zwei Wochen besonders groß geworden, weil die Markenvermehrung und damit die Steigerung der Getreidepreise täglich sprunghaft vor sich ging. Um den Uebergang zu erleichtern, sind in Ausführung des Gesetzes vom 23. Juni 1923 für die bedürftigen hinferrichten Familien besondere Geldmittel zur Verfügung gestellt worden. Auch werden, wie bereits in der Besondere mitgeteilt worden ist, die Bezüge der Sozial- und Kleinrentner, der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sowie der Gewerkschaften alsbald in Anpassung an die Ernteernte erhöht.

Die Ausführung der Getreideernte durch die Reichsgetreidebörse hat sich bisher in befriedigender Weise vollzogen. Es ist zu hoffen, daß es gelingen wird, auch die erhöhte Reserve durch Ankauf zu beschaffen. Dabei wird das Augenmerk der Regierung darauf gerichtet sein, nach Möglichkeit, auch

Getreide aus dem Ausland

für die Zwecke der Reserve heranzuschaffen. Von der Aufnahme einer Vorleistung, wonach bei eintretenden Schwierigkeiten für die Aufbringung der Reserve auf das Umlaufvermögen zurückgegriffen wird, ist abgesehen worden, da die Regierung überzeugt ist, daß die Landwirtschaft sie wie bisher in der Ausführung der Reserve unterziehen wird, so daß Zwangsmaßnahmen nicht erforderlich werden. Sollte wider Erwarten die Aufbringung im freien Verkehr nicht möglich sein, so wird die Regierung nicht abgern, die erforderlichen Maßnahmen durchzuführen, um die Reserve zu sichern.

Russisch-französische Wirtschaftsverhandlungen.

Antwerpen, 16. Okt. Der „Reclam“ gibt an, auf Grund gewisser Informationen zu wissen, daß der Direktor der belgisch-französischen Staatsbank, Scheinmann, der sich zur Zeit in Paris aufhält, beauftragt sei, durch Vermittlung der französischen Bankiers der Pariser Regierung Konkrete Vorschläge der Sowjetregierung zu unterbreiten.

Anzeigenpreis Der Gesells. Millim. Spatrum 20 M und der Schlußzeile 30 M. Die laufende Spaltenwerbung wird dem Besteller auf 11 Anzeigen bei deren Umlauf mit 1 000 000 M in Zahlung genommen. Hfzgeb. 30 Mill. M. Porto besond. Alle Briefe freibleibend. Anzeigen schluß vormittags 10 Uhr. Sammelanzeigen Sonderziffer. — Fernsprecher Nr. 100.

Die in der letzten Zeit geführten wirtschaftlichen Verhandlungen haben die Tatsache verdeutlicht, daß das Ruhrproblem kein wirtschaftliches, sondern ein überwiegend politisches ist. Schon die Tatsache, daß die Eisenbahn nach unter französischer Regie steht und nach ganz bestimmter abgegebener Erklärungen weiter unter französischem Einfluß stehen wird, bedeutet eine verheerende Annexion des besetzten Gebietes, auch wenn diese nicht formell oder durch Ausübung der von Frankreich abhängigen rheinischen Republik erfolgt. Die für Frankreich maßgeblichen wirtschaftlichen Erwägungen betreffen ausschließlich nur die Sicherstellung des für Frankreich notwendigen Bedarfs, d. h. in der Hauptsache die Lieferung von Kohle. Diese Lieferung will Frankreich erreichen durch „Verträge“ mit den einzelnen Lieferanten, vornehmlich aber auch durch eigene Betriebsführung auf bestimmten Werken. Die gesamte Industrie des besetzten Gebietes wieder hoch zu bringen, daran liegt Frankreich nicht das Geringste; es fürchtet noch immer das Konkurrenz für die französische Eisenindustrie, die jetzt schon eine größere Produktion kontrolliert, als sie je normal abgeben kann. Wie wenig Berücksichtigung wirtschaftliche Gesichtspunkte finden, beweist schon, daß die unterstellten Erklärungen des „Comite des forges“, weder die Kriterien noch die Eisenbahn rational in größerem Umfang auf die Dauer betreiben zu können, nicht die geringste Wirkung gehabt haben. Frankreich arbeitet auf den Ruin des besetzten Gebietes hin; seine Pläne zielen auf eine allmähliche Stilllegung der Industrie ab, die auf diese Weise — ähnlich dem Vorgehen im Saarrevier — billig in den Besitz Frankreichs geraten soll.

Eine sehr wesentliche Stütze erfährt Frankreich bei seinem Plan durch die Einzelverhandlungen mit den verschiedenen Unternehmen. Daß nach willigen Zeitstellungen der Berliner Annahmeverträge die Industrie des besetzten Gebietes durch ihre Zentralorganisation mit Frankreich zu Verhandlungen zu kommen würde, war durchaus berechtigt und richtig. Daß nun aber ein förmlicher Wettkampf der einzelnen Interessenten einsetzt, entspricht weder dem nationalen noch dem wirtschaftlichen Interesse. Dieses Verhalten führt nur dahin, daß Frankreich in den einzelnen Verhandlungen den einen gegen den anderen ausspielen kann und allmählich die jetzt noch in deutscher Hand befindlichen Rümpfe aus entwinded; diejenigen Firmen, die jetzt Vorteile gewinnen zu können glauben, werden bald merken, daß auch ihre Lage von der Gesamtlage der Industrie abhängig ist. Leider wird den Franzosen ihr Plan durch die unglücklichste Wirtliche Politik erleichtert. Die vorerzählte und ungenutzte Kapitulation hat im besetzten Gebiet sehr viel Gutes Mut erzeugt. Die Aufregung hat sich noch gesteigert dadurch, daß Berlin der politischen auch noch finanziellen Preisgabe folgen ließ. Durch die geplante teilweise bereits durchgeführte Entziehung aller Lohnaufschüsse sind die Werke in eine geradezu verzweifelte Lage geraten, da sie nicht wissen, woher sie die Lohngeber und die riesigen Mittel zur Wiederaufbringung der Betriebe nehmen sollen. Die Folge ist die, daß auch die Firmen, an deren nationaler Überlebensfähigkeit kein Zweifel besteht, den Franzosen in die Arme getrieben werden.

Die Lage des Bergbaues ist besonders schlimm. Er steht vor der Gefahr, Frankreich und dem Reich gleichzeitig Kohlenlieferungen zu beschaffen und dazu noch an Frankreich Reparationsleistungen — diese betragen zuletzt 17% der Förderung — leisten zu müssen, ohne irgendwelche Garantie für die Bezahlung zu haben. Aus eigenen Mitteln kann der Bergbau die erforderlichen Beträge nicht aufbringen, zumal der Kohlenpreis bei stabiler Mark sofort über Weltmarktpreis geht. Die sogenannten Wundgebirge, die bisher noch gearbeitet haben, stehen vor unmittelbarer Stilllegung, da sie ihre Produktion nicht abgeben können. Der Versuch durch gesteigerte Arbeitszeit eine Preisverbilligung zu erzielen, ist vorläufig fehlgeschlagen.

Zur Währungsreform.

Die Stilllegung der Rentenheine.

Ueber das Währungsreform will der „Berl. Volksanz.“ folgende Einzelheiten wissen: Das neue Geld soll in Scheinen von 1, 2, 3, 5, 10, 50, 100 und 1000 Rentenmark ausgegeben werden. Kleine Scheine in Wiening sollen geprägt werden, und aus einer Mischung von 100 und 1000 Rentenmark und 1000 Rentenmark als auch die Prägung der Scheidemünzen ist bereits im Gange. Voranschläge wird das neue Geld in der ersten oder zweiten Novemberwoche in Umlauf gebracht werden. Die neue Rentenbank wird als Leiter einen

Präsidenten haben, der bis zur Stunde jedoch noch nicht ernannt ist. Der Verwaltungsrat wird aus 14 Mitgliedern bestehen.

Der Verwaltungsrat der Rentenbank.

Setzt sich wie folgt zusammen: Präsident noch nicht ernannt. Von der Landwirtschaft: Abg. Dr. Pfeiffer, Vorsitzender des Reichslandbundes, Abg. Dietrich, Vorsitzender des Generalverbandes der Deutschen Landwirtschaftsgenossenschaften, Regierungsrat Dr. Gemes, Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften, und Dr. G. v. d. M. in a. r. o. d., Geschäftsführender Mitglied der Deutschen Bauernvereine, Hilger, Vorsitzender des Reichslandbundes, Bauernführer Dr. Heim und Brandes. Von der Industrie: Abg. Sorge, Mitglied des Friedrichstrupp-Druckvereins, Abg. v. Ziemens und Geheimrat B. H. G. v. d. M. in a. r. o. d., Geschäftsführender Mitglied der Reichsverband der Deutschen Industriellen, v. d. M. in a. r. o. d., Geschäftsführender der Distriktsvereine, und ein Vertreter der Deutschen Bank, wahrscheinlich Direktor Wasserf. von Groß und Kleinhandel: Abg. Heintz, Geschäftsführer des Zentralverbandes für den Deutschen Großhandel, und Großkaufmann G. r. u. f. f. d.

Nach einer Mitteilung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ soll der ehemalige Finanzminister Dr. Henke zum Präsidenten der Rentenbank vorgeschlagen worden sein.

Leuerungsunruhen im Reich.

Berlin, 16. Oktober. Bei den heutigen Erwerbslosen Demonstrationen kam es zu Unruhen, in deren Verlauf die Polizei eingreifen und sogar von der Waffe Gebrauch machen mußte, weil man die Polizei mit Steinen bewarf. Es gab fünf Verletzte. Die Erwerbslosen verlangen auf dem Rathaus, Verleihung von 10 Millionen für sofortige Arbeitsbeschäftigung, Brot, Kohlen, Holz, Fett und sofortige unentgeltliche Verarbeitung von Speise- und Inlierbringung der Wohnungslöhne.

Berlin, 17. Oktober. Nachdem die Erwerbslosen in den ersten Nachmittagsstunden vom Rathaus langsam abgedrängt worden waren, ließen sie sich zunächst in den angrenzenden Straßen in größeren oder kleineren Gruppen auf, die sich schließlich nach allen Richtungen hin, davon ist es in verschiedenen Abzweigungen wieder zu Märschen bezogen. Märschenverbindungen namentlich in Westereien gekommen. In den getriebenen Märschen herrschte wieder völlige Ruhe. Die Polizei hat in allen Abzweigungen verstreute Streifen in den Dienst gestellt, um eventuelle Märschen zu verhindern. Heute wird die Polizei in starker Mannstärke gehalten, um eine Wiederholung der gefährlichen Unruhen nach Möglichkeit im Keime ersticken zu können.

In Leipzig legten sich im Laufe des gestrigen Tages die Leuerungsunruhen fort. Sie nahmen ihren Ausgang wieder von der Markthalle, die gegen 10 Uhr vormittags geschlossen werden mußte. Größere Menschenmengen hatten sich auch auf dem Hauptplatz angelagert, um die dortigen Anzeigen auszuschnappen zu werden. Infolge der großen Menschenmengen wurden verhaftet. In den Mittagsstunden des Dienstags fanden in Dresden große Menschenansammlungen in verschiedenen Stadtteilen. In einigen Fällen kam es zu Plünderungen von Lebensmittelgeschäften. Die Polizei mußte einschreiten, löste die Straßen und nahm eine Reihe von Verhaftungen vor.

Mannheim, 17. Oktober. Laut Mitteilung der Polizei-Direction haben gestern nachmittag gegen 4 Uhr auf dem hiesigen Marktplatz neue Zusammenkünfte jüdischer Erwerbslosen und Polizeibeamten statt. Eine Polizeiperson wurde getötet, ein Polizeioberwachmeister schwer verletzt. Die Unruhen dauerten gegen 7 Uhr abends noch an.

Aus Sachsen und Thüringen.

Berlin, 17. Oktober. In den letzten Tagen sind über die Verhältnisse in Sachsen Berichte in die Öffentlichkeit gelangt, die eine weitgehende Verunsicherung herbeiführen. Von den zuständigen Stellen wird die Entwidlung dieser Verhältnisse mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Die Reichsregierung wird unter allen Umständen dafür Sorge tragen, daß die Durchführung verfassungsmäßig und gesetzmäßiger Zustände gewährleistet wird.

Dresden, 17. Oktober. Nach Mitteilung des Reichsrechtskommissars hat der erste Kongress der sächsischen parlamentarischen Arbeitsorganisationen trotz des Verbotes des militärischen Vorgehens stattgefunden. Es sei möglich, daß das Verbot der Kundgebungen und Aktionsausschüsse auf scharfen Widerstand stößt, der unter Umständen nur durch Einsatz von Truppen gebrochen werden könne. Zunächst bedingte der militärische Vorgesetzte jedoch in erster Linie die Anwesenheit hierzu zu verwenden.

Ein Mißtrauensvotum für die sächsische Regierung.

Dresden, 17. Oktober. Bei der Aussprache über die Regierungserklärung brachen die drei bürgerlichen Parteien der Regierung im Reichstag aus, während die Arbeiter der Sozialdemokratie und der Kommunisten der Regierung ihr volles Vertrauen bekundeten. Ministerpräsident Dr. Feiler verlangte eine Erklärung des Reichstages in dem Sinne, daß die Regierung die Verantwortung für die sächsische Regierung übernehme und die Regierung die Verantwortung für die sächsische Regierung übernehme. Die sächsische Regierung ist bereits eifrig daran, den Staatsapparat zu säubern. Ministerialdirektor Schmidt in den Ministerien Amt sind mit sofortiger Wirkung ihrer Ämter enthoben worden.

Die „Säuberungsaktion“ in Sachsen.

Die sächsische Regierung ist bereits eifrig daran, den Staatsapparat zu säubern. Ministerialdirektor Schmidt in den Ministerien Amt sind mit sofortiger Wirkung ihrer Ämter enthoben worden.

Die neue Thüringische Regierung.

Weimar, 17. Oktober. In der gestrigen Sitzung des Thüringer Landtages gab der Abgeordnete Krause (C. S.) folgende Ministerliste bekannt: Inneres: Staatsminister Hermann (wie bisher); Finanzen: Hartmann (wie bisher); Justiz: Oberlandesgerichtsrat Dr. Reich (Zweit. Beförderung); Wehr (wie bisher); Wirtschaft: Ziemer (Komm.). Im Namen der vier bürgerlichen Parteien protestierte der Abgeordnete Dr. Neumann (Deutsche Volkspartei) gegen die Ministerliste. — Abg. Brüch (C. S.) begründete den Schritt der Kommunisten, in der Regierung teilzunehmen, und erklärte, daß seine Partei alles in der Hand habe, um die Regierung zu unterstützen. Die vorgeschlagene Ministerliste wurde schließlich in namentlicher Abstimmung mit 28 Stimmen der versammelten Landtagsmitglieder gegen 24 der bürgerlichen angenommen.

Kaifz schließt die Schulen.

München, 12. Oktober. Nach einer Meldung der amtlichen Nachrichten, können nicht durch Verhängung des Generalstreikens alle Schul- und öffentlichen und privaten Schulen die Teilnahme an kommunistischen Versammlungen und Versammlungen verboten. Die bestehenden kommunistischen Jugendvereinigungen werden aufgelöst. Zu Verhandlungen werden mit Gefangnis gedroht, Neben-

dem auf Medaille in unzureichender Höhe erkannt werden kann. Gleiche Strafe ist angeordnet allen Eltern, Pflegeeltern, Vormündern, Dien- oder Lehrern.

Ein neuer diplomatischer Schritt in Paris.

Sotschakoff v. Sotsch hat, wie nunmehr auch an Berlin amtlicher Stelle mitgeteilt wird, den Antrag erlassen, den Ministerpräsidenten Bonaire eine neue Mitteilung der Reichsregierung zu überbringen. In dieser Mitteilung wird vermutlich von der Regierung nicht nur die Reorganisation der Arbeit im Ruhrgebiet berührt, sondern auch das Ruhrproblem im allgemeinen.

Jur. Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet.

Die Franzosen richten sich häuslich ein. Genf, 17. Oktober. Die Besatzungsbehörde richtet sich gegenwärtig für einen Daueraufenthalt in Genf ein. Nachdem bereits eine größere Anzahl von öffentlichen Gebäuden, Schulen, Hotels und Privatwohnungen besichtigt worden sind, ist nunmehr an das Besatzungsamt Genf der Antrag auf Vereinfachung von 310 Wohnungen gerichtet worden. Jede einzelne Wohnung muß vollständig möbliert sein und Küche und Wohnzimmern umfassen. Das Besatzungsamt muß auch für Heizungsmaterial und für Bekleidungsgegenstände sorgen. Außerdem sind Stallungen für 350 Pferde angefordert worden. Da nicht Stallungen vorhanden sind, ist die Stadververwaltung genötigt, Neubauten aufzuführen.

Zürich, 17. Oktober. Die Franzosen suchen den Anschein zu erwecken, als ob sie die Wiederaufnahme der Arbeit nach Möglichkeit beschleunigen. In Zürich ist die Arbeit in jeder Hinsicht vollständig wieder aufgenommen. Auf eine Eingabe der Behörden und Wirtschaftsleute, in der gebeten wurde, die Truppen aus den Werkstätten zurückzuführen, ließ der Kommandierende General des Besatzungsamtes mitteilen, daß diese Frage vorläufig zurückgestellt werden müsse.

Zur Wiedereinführung der Eisenbahnen.

Berlin, 17. Oktober. Wie aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, werden der Stellenverwaltung von den in Betracht kommenden deutschen Stellen über die planmäßige und einheitliche Wiedereinführung der Eisenbahnen bestimmte Vorschläge gemacht werden. Weiter ist nur über die Einstellung der Eisenbahnen verhandelt worden.

Die Meldung der Eisenbahnen.

Genf, 15. Oktober. Die deutschen Eisenbahnen haben noch in letzter Stunde einen Versuch unternommen, um bei den Franzosen unter diesen Bedingungen eine Wiederaufnahme der Dienstleistung zu erreichen. Vor allem werden sich die Organisationsfragen gegen das Verlangen, daß jeder Eisenbahner persönlich bei den französischen Stellen erscheinen soll. Man schlägt den Franzosen vor, daß die Dienstleistung eine Sammelleiste der bediensteten überreichen und daß diese Form der Meldung die persönliche erfolgt. Es bestehen allerdings nur geringe Aussichten auf einen Erfolg in dieser Hinsicht. Das Verlangen, auf dem die Franzosen bestehen, abzugeben von der unzureichenden Form, eine große Anzahl von Eisenbahnen der ganzen Angelegenheit. In Genf haben sich etwa 4000 Eisenbahnen, in Gießen etwa 1200 zu melden und die Erledigung in der von den Franzosen verlangten Form wird die Wiederaufnahme der Arbeit weiter hinausgezögert.

Wiederbelebung der Post.

Genf, 17. Oktober. Wie verlautet, haben die Verhandlungen zwischen der Besatzungsbehörde und der deutschen Postbehörde dazu geführt, daß die Wiederaufnahme der Arbeit für heute geredet werden kann. Auch in Dortmund dürfte der Postbetrieb in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden.

Zusammenbruch der ober-schlesischen Streiks.

Katowice, 17. Oktober. Die Streiklage in Oberschlesien bessert sich. Auf der Kohlenfront und der Hälfte der Bergbaufront wird gearbeitet. Auf der Grube Bahnsdorf arbeiten 50 Prozent, in den Hüttenwerken 30 Prozent der Belegschaft. Die Friedenshüte ist in vollem Betrieb. Auch auf den Stadtschiffen in Chorzow wird gearbeitet. Eisenbahn und Straßenbahn haben den Betrieb wieder aufgenommen.

Wegen „Verächtlichmachung der Republik“.

Die Potsdamer Disziplinarkammer erkannte gegen den Ministerialrat Ponitz wegen verschiedener Zeitungsartikel, in denen eine „Verächtlichmachung der Republik“ zu erblicken sei, auf Dienstentlassung. Die Hälfte des gefestigten Ruhegehalts wurde ihm für 5 Jahre ausbezahlt.

Freiherr v. D. Busche-Tolpe aus der Haft entlassen.

Genève, 16. Oktober. Freiherr v. D. Busche-Tolpe und seine Frau, die in dem Verfahren gegen die Reichshelfer Ehrhardt verhaftet waren, wurden freigelassen.

Aus Stadt und Umgebung.

Verhinderung Eisenbahnlinie.

Wie wir in der gestrigen Nummer unserer Zeitung bereits kurz mitteilen, werden die Schließungen der Eisenbahnlinie vom Donnerstag, dem 18. Oktober ab in Personenvorkehr auf 600, im Güterverkehr auf 1000 Millionen erhöht. Das ergibt also nach der jetzigen Schließungsberechnung, hinsichtlich Personenvorkehr und Güterverkehr, die Reichsbahnverwaltung nun fast die umgekehrte Erhöhung mit der in der Vorwoche eingetretenen Reduzierung zu entsprechen, der sie noch nicht einmal in vollem Maße hätte folgen können. Die durch die Ermäßigung des Kohlenpreises angeregte Verbilligung der Preise für Lebensmittel wird durch diese außerordentlich starke Verteuerung der Verkehrsstarke geradezu sabotiert.

Am Personenvorkehr sind nun ab Donnerstag die Fahrpreise für das Kilometer wie folgt: in vierter Klasse 13,2 Millionen, in dritter 19,8, in zweiter 59,4, und in erster 118,8 Millionen. Zur Schnellzüge kommen

Unrechnungszahlen. Reichslebenshaltungszahl (8. 10.) 109 100 000. Großhandelsindex (9. 10.) 307 400 000. Silberanfaufpreis der Reichsbank (15. 10.) 100 000 000 (je 1 M.). Goldwert eines 20-Mark-Stückes (16. 10.) 18 808 750 000. Eine Goldmark (16. 10.) = 976 190 000. Buchhändlerläufelindex (12. 10.) 1 100 000 000. Schließelindex (10. 10.) 35 000 000. Hotelbesitzer-Schließelindex (10. 10.) 120 000 000. Eisenbahnschließelindex: Güter: 1000, Personen: 600 Mill.

folgende Zufußläge in den drei Zonen (1-75, 76-150 und über 150 Kilometer) hinzu: in dritter 800, 600 und 900 Millionen, in zweiter das Dreifache und in erster Klasse das Sechsfache der zuerst genannten Sätze. Verteilung folgt in zweiter Klasse 4,8 Milliarden, in erster Klasse 9,6 Milliarden, der Doppelgänger dritter Klasse 2,4 Milliarden.

Es ist da ein Wunder, wenn der schon jetzt äußerlich schwache Reifeverehr noch härter zurückgeht. In Lausanne für Schenkung ist am Donnerstag, dem 17. Oktober, um 10 Uhr im Saal der Bahnzeitung eine Versammlung von 120 Millionen zu zahlen und bei Beförderung des Reifeverehrs muß man schon für 10 Millionen auf einen Kilometer Entfernung die Ziffer von 510 Millionen ansetzen, was bei größeren Ziffern zu unheimlichen Preisen sich auswirkt.

Die Verbilligung des Multiplikators im Güterverkehr, womit innerhalb zehn Tagen die Frachten um das Dreifache geteilt werden, wird die bekannte maßlose Verteuerung der am meisten benötigten Lebensmittel, wie Kartoffeln, Brotweizen, u. a. m. sich ziehen. Besonders ist diese Verteuerung, die den Arbeiter zu frischen und den wertvollen Papier-Einkommen derer, die das zahlen sollen, ins Groteske steigert, die letzte ihrer Art. Denn auf diese Weise wird mehr und mehr leeres Stroh gebunden, das den Reichen in die Hände fällt, die nicht auf Kaufkraft gegründet sind, müssen den Verkehr mehr und mehr droffeln und zerstören.

Die Schließung für Zeitungsverleger. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger hat die Schließung für den Novemberzeitungspreis auf 3 000 festgesetzt.

Der Minister prägt vom 18. d. Mts. ab 168 Mill. M. für ein Jahr Vollmilde.

Städtische Werke. Für die 3. Gruppe (Straßenbezirke 28-40 und 1-2) gelten folgende Preise: Gas 160 Millionen je ehm. Wasser 60 Millionen je ehm. Licht 300 Millionen je ehm. Kraftstrom 250 Millionen je ehm. Hochspannung 1 320 Millionen je ehm. Hochspannung 280 Millionen je ehm. Auf bereits ausgegebene Anträge sind entsprechende Nachzahlungen zu leisten. Die sonstigen Bedingungen der Bekanntmachung vom 3. 10. 1923 bleiben bestehen. Für alle bisher zugestellten Rechnungen, die bis zum 24. Oktober 1923 nicht bezahlt sind, gelten die neuen Preise.

Die Stadtkassenkasse bleibt für jeden Zahlungsverkehr in der Zeit vom Montag, dem 22. bis Sonnabend, dem 27. Oktober 1923 geschlossen. Die Zahlung der Steuerrechte ist daher noch Freitag, den 19. und Sonnabend, den 20. Oktober zu bewirken.

Bezugsanweisungserordnung. Die von den sächsischen Kreisverwaltungen unter dem 1. und 2. Oktober 1923 — S. 2732/23 — beschlossene Ordnung betreffend die Erhebung einer Vermögenssteuer im Bezirke der Stadtgemeinde Merseburg liegt in der Zeit vom 18. bis 31. Oktober 1923 an Amtsstelle im Steueramt, Altes Rathaus, Burgstraße 1, zur Einsichtnahme aus.

Städtische Wirtschaft. Jahrgänge 1921, 1922, 1923, 1924, 1925, 1926. Montag, den 22. Oktober 1923, abends 7 1/2 Uhr, Lebung am Gerateplatz, Hallestraße 19 b.

Abzug von Aufwendungen an Nichtrentner bei der Einkommensteuer. Durch Erlass des Herrn Reichsfinanzministers vom 30. 4. 1923 sind die Finanzämter ermächtigt worden, die für Aufwendungen an Nichtrentner geschätzten Beträge bei der Berechnung der Einkommensteuer als Abzug zu zulassen. Arbeitnehmer können die Aufwendungen zwecks Veranschlagung bei der Ermäßigung beim Lohnabzug als mittellose Angehörige beim zuständigen Finanzamt anmelden.

Rückung der Zinsen. Auf Grund des Paragraphen 8 der Volksgerichtsurteil vom 27. September 1921 wird nachträglich das Verzeichnis der angeforderten Zinsgebühren veröffentlicht. Die Zinsgebühren werden nun darauf hin, daß die zur nächsten Rückung Herbst 1924 — nur die im Verzeichnis bezeichneten angeforderten Zinsgebühren zum Zinsen werden dürfen, ist es unentgeltlich oder gegen Bezahlung zugelassen werden dürfen. Die vorjährige Rückung hat keine Gültigkeit mehr. Zurückbehandlungen sind strafbar. Strafbar macht sich auch derjenige, der seine Zinsen durch einen nicht angeforderten Vordruck deckt.

Verzeichnis der angeforderten Zinsgebühren des Stadtkreis Merseburg. Bei der Saamenlieferung. Angef. Weiser: Zinsgebühren Merseburg, Nr. 23 Gellmühlstr. Nr. 24 Neumarkt 58, nur für andere Ortsteile. Nr. 25 Neumarkt 58 und Nr. 12 Mühl 116. Weiser: Saamen-Zinsgebühren Merseburg, Nr. 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

7. Antrag zur Bundessteuerordnung. Der von den sächsischen Kreisverwaltungen unter dem 4. 9. und 10. 9. 1923 — S. 2831/23 — beschlossene 7. Antrag zur Bundessteuerordnung vom 8. 6. 1920 — S. 5176/20 — hat die Genehmigung des Reichsfinanzamtes am 25. September 1923 — S. 2831/23 — gefunden. Der Antrag betrifft die Anhebung der Bundessteuer auf die Geldwertverwertung und hängt im Rathaus am Markt sowie an Amtsstelle Burgstraße 1 vom 17. bis 25. Oktober 1923 aus.

Die Ortsetzung über die Verbilligung von Tierkadern im Stadtkreis Merseburg vom 19. Juni 1923 nebst Normaltarif ist durch Beschluß des Bezirksausschusses vom 28. September 1923 — S. 2. A. 4884 — genehmigt worden. Der Wortlaut der Ortsetzung und des Normaltarifs ist an der Tafel für Veröffentlichungen im Rathaus ausgehängt.

Freiwilligkeit beitragen. Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß bei Schreiben an Dienststellen der Stadt oder der Polizeiverwaltung, soweit es sich nicht um Beantragung von Anträgen der Behörde im öffentlichen Belange handelt, ein Freiwilligkeit beigefügt werden muß, wenn Antwort erfolgen soll. Die Antwort der Stadt läßt es nicht mehr zu, daß öffentliche Ämter in Belange nichtamtlicher Stellen über die zu leistende Arbeit hinaus noch für bare Auslagen für Freimarkt und Umfahrgeld in Anspruch genommen werden. Schreiben im Belange nichtamtlicher Stellen, denen ein Freiwilligkeit nicht beigefügt, können daher bei derjenigen Lage der Stadt auf eine Antwort nicht rechnen.

Steuerbefreiungen in kleinen Scheinen. Wie uns vom Finanzamt mitgeteilt wird, können die Steuerpflichtigen bei Massenlieferung von kleinen Geldscheinen auf sofortige Abfertigung nur rechnen, wenn die Geldscheine übermäßig sortiert und gebündelt sind. In anderen Fällen muß die übliche Buchführung wegen abgeleiteter Vermögensmäßigkeit der Steuern durch die Post ist nach einem Erlass des Herrn Reichsministers der Finanzen für alle Zahlungen, die mit Postanweisung, Zahlkarte oder Postcheck eingehen, nicht der Tag des Eingangs bei der Finanzkasse, sondern der Tag der Abgabe oder Eingangs bei der amtlichen Stelle über die zu leistende Arbeit hinaus noch für bare Auslagen für Freimarkt und Umfahrgeld in Anspruch genommen werden. Schreiben im Belange nichtamtlicher Stellen, denen ein Freiwilligkeit nicht beigefügt, können daher bei derjenigen Lage der Stadt auf eine Antwort nicht rechnen.

Steuerbefreiungen in kleinen Scheinen. Wie uns vom Finanzamt mitgeteilt wird, können die Steuerpflichtigen bei Massenlieferung von kleinen Geldscheinen auf sofortige Abfertigung nur rechnen, wenn die Geldscheine übermäßig sortiert und gebündelt sind. In anderen Fällen muß die übliche Buchführung wegen abgeleiteter Vermögensmäßigkeit der Steuern durch die Post ist nach einem Erlass des Herrn Reichsministers der Finanzen für alle Zahlungen, die mit Postanweisung, Zahlkarte oder Postcheck eingehen, nicht der Tag des Eingangs bei der Finanzkasse, sondern der Tag der Abgabe oder Eingangs bei der amtlichen Stelle über die zu leistende Arbeit hinaus noch für bare Auslagen für Freimarkt und Umfahrgeld in Anspruch genommen werden. Schreiben im Belange nichtamtlicher Stellen, denen ein Freiwilligkeit nicht beigefügt, können daher bei derjenigen Lage der Stadt auf eine Antwort nicht rechnen.

Steuerbefreiungen in kleinen Scheinen. Wie uns vom Finanzamt mitgeteilt wird, können die Steuerpflichtigen bei Massenlieferung von kleinen Geldscheinen auf sofortige Abfertigung nur rechnen, wenn die Geldscheine übermäßig sortiert und gebündelt sind. In anderen Fällen muß die übliche Buchführung wegen abgeleiteter Vermögensmäßigkeit der Steuern durch die Post ist nach einem Erlass des Herrn Reichsministers der Finanzen für alle Zahlungen, die mit Postanweisung, Zahlkarte oder Postcheck eingehen, nicht der Tag des Eingangs bei der Finanzkasse, sondern der Tag der Abgabe oder Eingangs bei der amtlichen Stelle über die zu leistende Arbeit hinaus noch für bare Auslagen für Freimarkt und Umfahrgeld in Anspruch genommen werden. Schreiben im Belange nichtamtlicher Stellen, denen ein Freiwilligkeit nicht beigefügt, können daher bei derjenigen Lage der Stadt auf eine Antwort nicht rechnen.

Steuerbefreiungen in kleinen Scheinen. Wie uns vom Finanzamt mitgeteilt wird, können die Steuerpflichtigen bei Massenlieferung von kleinen Geldscheinen auf sofortige Abfertigung nur rechnen, wenn die Geldscheine übermäßig sortiert und gebündelt sind. In anderen Fällen muß die übliche Buchführung wegen abgeleiteter Vermögensmäßigkeit der Steuern durch die Post ist nach einem Erlass des Herrn Reichsministers der Finanzen für alle Zahlungen, die mit Postanweisung, Zahlkarte oder Postcheck eingehen, nicht der Tag des Eingangs bei der Finanzkasse, sondern der Tag der Abgabe oder Eingangs bei der amtlichen Stelle über die zu leistende Arbeit hinaus noch für bare Auslagen für Freimarkt und Umfahrgeld in Anspruch genommen werden. Schreiben im Belange nichtamtlicher Stellen, denen ein Freiwilligkeit nicht beigefügt, können daher bei derjenigen Lage der Stadt auf eine Antwort nicht rechnen.

Steuerbefreiungen in kleinen Scheinen. Wie uns vom Finanzamt mitgeteilt wird, können die Steuerpflichtigen bei Massenlieferung von kleinen Geldscheinen auf sofortige Abfertigung nur rechnen, wenn die Geldscheine übermäßig sortiert und gebündelt sind. In anderen Fällen muß die übliche Buchführung wegen abgeleiteter Vermögensmäßigkeit der Steuern durch die Post ist nach einem Erlass des Herrn Reichsministers der Finanzen für alle Zahlungen, die mit Postanweisung, Zahlkarte oder Postcheck eingehen, nicht der Tag des Eingangs bei der Finanzkasse, sondern der Tag der Abgabe oder Eingangs bei der amtlichen Stelle über die zu leistende Arbeit hinaus noch für bare Auslagen für Freimarkt und Umfahrgeld in Anspruch genommen werden. Schreiben im Belange nichtamtlicher Stellen, denen ein Freiwilligkeit nicht beigefügt, können daher bei derjenigen Lage der Stadt auf eine Antwort nicht rechnen.

Steuerbefreiungen in kleinen Scheinen. Wie uns vom Finanzamt mitgeteilt wird, können die Steuerpflichtigen bei Massenlieferung von kleinen Geldscheinen auf sofortige Abfertigung nur rechnen, wenn die Geldscheine übermäßig sortiert und gebündelt sind. In anderen Fällen muß die übliche Buchführung wegen abgeleiteter Vermögensmäßigkeit der Steuern durch die Post ist nach einem Erlass des Herrn Reichsministers der Finanzen für alle Zahlungen, die mit Postanweisung, Zahlkarte oder Postcheck eingehen, nicht der Tag des Eingangs bei der Finanzkasse, sondern der Tag der Abgabe oder Eingangs bei der amtlichen Stelle über die zu leistende Arbeit hinaus noch für bare Auslagen für Freimarkt und Umfahrgeld in Anspruch genommen werden. Schreiben im Belange nichtamtlicher Stellen, denen ein Freiwilligkeit nicht beigefügt, können daher bei derjenigen Lage der Stadt auf eine Antwort nicht rechnen.

Die Kugel am Fuß.

Roman von Reinhold Dreikorn.
(Nachdruck verboten.)

„Und dies war das erste Wort, das Sie mit mir reden wollten?“
„Wohin es vielleicht noch nicht ernst genug? Das läßt mich sehr leid. Denn ich hoffe, Sie völlig zurückgesetzt zu sehen.“
„Subert lachte hell auf und wuschte nach ihrer Hand greifen, die sie inoffen vorzüglich auf ihrem Rücken in Sicherheit gebracht hatte.“
„Ach bin's ja auch. Sehen Sie nicht, wie zerknirscht ich bin, Fräulein Lindhorst? Ich möchte — ach, ich weiß nicht, was ich möchte.“
„Ich will es auch gar nicht erfahren. Nur vor einem Rückfall in die Wüste des Menschentums sollen Sie hiermit gewarnt sein. Er würde Sie ganz bestimmt meine Freundschaft kosten.“
„Sie lief hinaus und Subert Mayrhofer lachte noch einmal hinter ihr drein — ein lautes, klingendes Lachen, das seine Mutter in der Schlafstube seiner ergründeten aufhorchen machte.“
„Fräulein Gabby“, rief sie der Eintretenden zu, „war es Subert, der so lachte? War es wirklich mein Junge?“
„Da niemand außer ihm im Hause ist, wird er es wohl geglaubt sein, liebe Frau Mayrhofer.“
„Ja, ja, das war sein altes Lachen. Seit Jahren habe ich es nicht mehr gehört. O, mein Gott, wenn es doch noch einmal mit ihm werden möchte wie in vergangenen Tagen!“
„Gabby trat an das Fenster, denn sie hatte gehört, wie die Haustür aufschloß. Da sah sie Subert Mayrhofer mit langen Schritten daherkommen. Trotz des rauhen Windes, der ihm das Haar zerkaufte, hielt er den Hut in der Hand, und er hatte den Kopf weit in den Nacken zurückgeworfen wie einer, der die reine Gotteskraft gar nicht tief genug in seine Lungen eingezogen kann.“
„Er schreiet in sein neues Leben hinaus“, dachte sie frohen Herzens, und sie sah ihn nach, bis seine hohe breite Gestalt in der Richtung gegen den Wald hin ihrem Blick entschwand.“
Auch bis zum Mittagessen, das im Nachhinaus erst gegen vier Uhr eingenommen wurde, war der Staatsanwalt nicht zurückgekehrt. Man hatte sich im Gartenhof zusammengefunden, ihn zu erwarten. Der Kommerzienrat konnte

keine Ungeduld kaum verbergen, und der Präsident fing an, sich zu beunruhigen.
„Wenn ihm etwas ausgefallen wäre! Er ist sonst die Pünktlichkeit selbst.“
Der alte Diener kam mit verlegenen, fast verärgertem Gesicht herein und flüsterte Möblich etwas zu. Der warf den anderen nur ein kurzes: „Gnädigst! Ich bin und verbleibe mit dem Diener das Zimmer.“
„Wo ist er?“ fragte er drinnen in größter Erregung.
„In seinem Zimmer? Ranghans soll sofort mit dem Auto nach Rhynow zu Dr. Seidel. Er muß auf der Stelle herkommen — Besten und Verbandzeug natürlich mitbringen! Eilen Sie! Es darf keine Sekunde verloren werden.“
„Sehr wohl, Herr Kommerzienrat!“
„Arno Günther lag freudlos auf der Ottomane seines Zimmers. Der zweite Diener Karl und die Beschleiferin Babette, eine weißhaarige, verheiratete Person, standen daneben; aber der Staatsanwalt schaute sich gegen ihre Hilfeleistung.
„Nein“, sagte er mit schwacher Stimme. „Niemand soll mich anrühren als der Arzt. — Ah, bist du es, Dinkel? Eine schöne Geschichte, nicht wahr?“
„Ich bin außer mir, Arno! Was um des Himmels willen ist mit dir geschehen?“
„Angeschossen bin ich. Hier in die linke Schulter. Komm mit zu nahe, Dinkel! Meine Kleider sind voll Blut. Ah und es brennt wie das höllische Feuer.“
„Daß dich nur erst ausziehen, armer Junge! Vor allem muß doch die Blutung gestillt und die Wunde ausgewaschen werden.“
Wieder mehrere Arno eigenmächtig ab.
„Die Leute sind zu ungeschickt. Sie würden meine Schmerzen nur vergrößern. Es blutet auch jetzt nicht mehr. Ich muß ohnmächtig zusammengebrochen sein, nachdem ich mich ein paar hundert Schritte weit durch den Wald gesehleppt hatte. Und ich weiß nicht, wieviel Zeit ich dann brauchte, um bis hierher zu kommen.“
Er schobte und versuchte mit äußerster Vorsicht, seine Lage ein wenig zu ändern.
„Du darfst jetzt nicht zu viel sprechen“, mahnte der Kommerzienrat. „Wilst du, daß ich deinen Vater benachrichtigen lasse?“
„Nein, ich will ihn jetzt nicht hier haben. Er fragt zu viel. Wann kommt der Arzt?“
„Das Auto, das ihn bringen soll, ist schon unterwegs. Sollte dich nur recht ruhig. Es ist ja hoffentlich nicht ernsthaft.“

„Nicht ernsthaft? Ich danke. Wenn du meine Schmerzen hättest, Dinkel — kannst du mir nicht ein Glas Wein bringen lassen? Setz vielleicht — oder lieber Cognac.“
„Alles sollst du haben, Arno! Eine geöffnete Korbener, Karol — und eine Flasche Wein mit den nötigen Gläsern! Aber schnell — Wenn ich Fräulein Deubold einen Blick geben dürfte — aber Elise! Frauen verstehen sie besser darauf, mit einem Belegten umzugehen als unversehrt.“
„Tu mir die Güte, Dinkel, und sie vorläufig alles miteinander bleiben, wo sie sind. Mittelschöne Damengestalt find mir in diesem Augenblick unerträglich. Später vielleicht! Jetzt brauche ich keinen als den Arzt.“
Er bestimmte sich wie ein eigenmächtiges krankes Kind, dachte der Kommerzienrat; aber möglicherweise ist seine Verwundung so schwer, daß man keinen geldhehnen Stolzismus von ihm fordern darf.
Er füllte ein Glas mit dem rasch herbeigebrauchten Cognac und setzte es Arno an die Lippen.
„Ja, das tut gut. — Seihen Dank, Dinkel! — Und nun einen Schluck Sekt, wenn ich bitten darf. Ich hoffe, es wird mir nicht schaden.“
„Gewiß nicht! Die Hauptfrage ist, daß du bei Kräften bleibst.“
„Ja, ich werde sie brauchen. Denn ich freue mich schon auf die Vergewignung, die mir unter den Händen des Arztes bevorsteht. Wenn er nur wenigstens erst da wäre!“
Aus Beforgnis, ihn aufzuwecken, mochte Möblich den Belegten nicht nach dem Hergang des Ereignisses fragen. Und Arno war vor der Hand viel zu sehr durch seine Schmerzen und seine ungeduldige Erwartung in Anspruch genommen, als daß er aus eigenem Antrieb davon gesprochen hätte. Er lag jetzt mit geschlossenen Augen in völliger Erschlaffung da wie einer, der ins Mark des Lebens getroffen ist. Und Möblich fragte sich im Zufall, ob es nicht doch seine Pflicht sei, den Präsidenten zu rufen. Da hörte er das Klattern des vorkarrenden Kraftwagens und atmete erleichtert auf. Mit dem Augenblick, wo der Arzt das Zimmer betrat, schienen die Lebensgeister des Staatsanwalts eine überaus rasch plötzliche Auffrischung zu erfahren. Seine Stimme erhielt wieder Klang, und er machte sogar einen Versuch, sich aufzurichten.
„Endlich, lieber Herr Doktor! Nun, was sagen Sie? Jetzt habe ich mein richtiggehendes Atientat wie irgendein gekrümmtes Haupt.““

(Fortf. folgt.)

Bekanntmachung.

In Folgeder deutschen Reichsbahn gelangen mit Zustimmung des Herrn Reichsministers der Finanzen und der Länderregierungen nammehr auch

20-, 50- und 100 Millionen-Markscheine

in den Verkehr. Sie sind auf einem feingrauen Papier, mit verschiedenartigen doppelreihigen Quadraten als Wasserzeichen, gedruckt und tragen den Vermerk, daß sie vom 1. Januar 1924 ab mit dreimonatiger Frist zur Einlösung aufgerufen werden können. Der 20 Millionenchein ist 75x135 mm groß, hat irisfarbenen Untergrund oliv-rotrot-oliv und trägt an der linken Seite die Wertbezeichnung „20 000 000“. Die Rahmung, durch die ein Band mit der Aufschrift „Zwanzig Millionen“ läuft, und der Text sind schwarzgrün, die Nummer rot gedruckt. In den Untergrund ist das Bild einer Lokomotive eingearbeitet. Als Ausgangstag ist der 18. September 1923 angegeben.

Der 50 Millionenchein ist 80x140 mm groß, hat irisfarbenen Untergrund gelbbraun-blau-gelbbraun und trägt an der linken Seite die Wertbezeichnung „50 000 000“. Die Rahmung mit dem Band „Fünfzig Millionen“ und der Text sind hellblau, die Nummer schwarz gedruckt. Untergrund und Ausgangstag mit dem 18. September 1923 angegeben.

Berlin, den 11. Oktober 1923.
Der Reichsverkehrsminister.
gez. Dese.

Lassen Sie sich nicht beirren!
Weit zurück bleiben sämtliche Konkurrenten!
Ich zahle weit über's Ziel hinaus für



Mauser-Pistolen. Kal. 7.63.
Auch Umtausch gegen Taschenpistolen, An- und Verkauf von Taschenpistolen, Parabelkugeln, Munition.
Prismengläser Feldstecher 08.
Georg Zobel, Halle a. S.,
Büro a. Läden: Ludwig Wuchererstr. 24, Ecke Mühlweg.
An- u. Verkauf von Jagdpatentstilen.
Nach Verkauf wird Bahnfahrt vergütet!

Felle — Schafwolle
kaufe zu Tagespreisen.
Sofort. Umtausch von Schafwolle geg. Strickgarn
F. Herrmann, — Merseburg —
Gothardstraße 22.
Händler Vorzugspreise.

Milchpreis-Minderung.
In Hebereinstimmung mit den holländischen Preisen beträgt ab 18. d. Mts. einfl. der Kleinhandelspreis für
1 Liter Vollmilch
für das Stadt-Gebiet Merseburg
168 Millionen Mark.
Molkerei-Genossenschaft GutsMuths.

Homöopath.
Bioch.-Spagyrische Krankenbehandlung für alle Leiden, auch in veralteten Fällen.
W. Tödmann, Halle, Friedrichstrasse 85 I.
Telephon 2337.

Gebr. Behlmann,
Werkstätten für Wohnungskunst
Halle a. d. S.
Grolle Steinstraße 79-80.

Stilvolle Damenzimmer
Empfehle mich zur Revision, Einrichtung und Fortführung der Wäcker aller Systeme u. zur Erledigung von Steuerangelegenheiten auch für Landwirtsch. auf Grund langj. Erfahrung.
W. Krumpke, Wäcker-Revisor, Leipzig/Böhlitz-Graben, Muenstr. 24.

Kaufe ausgek. Damenhaare
Skto Mk. 50 000 000
Wird für Klauer, Friseur, Merseburg, Bahnhofstr. 8.

Silber-Bruch, Brillanten, Zahngebisse Ankaufstelle für Edelmetalle
— Luxussteuerfrei!
Nur Halle a. S., Rannischestr. 13, I
Eingang Moritzzwinger
Max Bell, Uhrmacher, Telephon 1286.

Gold
Geschäftsbücher von **Elder & Kriche** HANNOVER
vertriebt bei: **L. BALZ MERSEBURG** Fernap. 100

Armes Mädchen
möchte ihren 3 Monate alten eigenen hübschen Jungen an nur eine, liebevolle Pflegemutter als eigen abgeben. Off. unt. N. E. an die Exp. d. Bl.

Fast neuer Cutaway
für schlanke Figur gegen Fahrrad umzutauschen. Offert. unt. M. O. 174 an die Geschäftsst. d. Bl.

2 Herren-Anzüge und 1 Winter-Plaidot
für mittlere Figur, gut erhalten, billig zu verkaufen oder gegen **Lebensmittel zu tauschen**
Halle a. S., Leipzigerstraße 11, l. Eingang vom Sandberg aus.

Gebrauchte Fußballstiefel
für Knabenpieler (Größe 36-39) sofort zu kaufen gesucht. Näheres in der Geschäftsstelle Hülster, 4 oder Filiale Gothastraße (Halber Mond).

Einfache Holzbenzelle
ohne Matrize zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle zu erfragen

Zwei neue Handwagenachsen
(10 Str. Traght.), beschliffen, ich zu verkaufen oder gegen Lebensmittel einzutauschen. Off. Df. wolle man unter Chiffre **W. H. 17** in der Exp. d. Bl. niederlegen.

Manierpistolen
Manierpistolen, Parabelkugeln, Taschenpistolen u. Munition, ferner Reismengläser und 08 Gläser. Auch Umtausch gegen Taschenpistolen. Keine Konkurrenz ist in der Lage, meine Preise zu zahlen! — Reise u. Unkosten werden vergütet.
D. Möllering, Halle a. S.
Drehauptstraße 11 (im Hause der Post).

Stadttheater Halle.
Donnerstag, abds. 7 1/2 Uhr: **Propheten.**
Schauspiel in 3 Akten von **Janus Jahn.**
Freitag, abends 7 1/2 Uhr: (7. Vorstellung für Freitag-Samstagen) **Figaros Hochzeit.**
Oper in 4 Akten von **W. A. Mozart.**

Bücherstube
in „Herzog Christian“
Ausstellung und Verkauf tags 4-6 Uhr.
Möbl. Zimmer von je beßer. Ferner sol. ge. u. u. Df. u. N. an die Exp. d. Bl.

Wemmer nicht mögl. bald **gut möbl. Zimmer.**
Bettmattige und Heizung wird gek. Off. unt. 4000/28 a. d. Filiale Gothastraße.

Junger Herr
sucht möbl. Zimmer. Angebote unt. **J. L.** an die Filiale Gothastraße.

Schepar ohne Kinder sucht per sofort ein bis zwei einfach möblierte **Zimmer.**
Wäsche, Betten und Kohlen werden gew. Df. unt. 4000/3 a. d. Bsch. d. Bl.

BREMEN
AMERIKA
OSTASIEN-AUSTRALIEN
Regelmäßiger Personen- u. Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anekant vorzügliche Unterbringung und Verpflegung. Besondere Klassen Reiseop. Rück-Versicherung.
NORDDEUTSCHER LLOYD
BREMEN
in Merseburg: Franz Köhner, Geschäftsstelle des Verkehrsvereins, Kl. Ritterstraße 3; in Weimar: Norddeutscher Lloyd, Generalvertretung Lloydpassage-Gebäude G.m.b.H. Kripplstraße 12.